

Erzähler vom Westerwald

Hachenerburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Vieh- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Nr. 21

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2.25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wefallen.

Hachenburg, Samstag den 26. Januar 19 8.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsgespaltene Belegzeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

24. Januar. An vielen Stellen der Westfront werden von unsern Erkundungstruppen Gefangene eingebracht. — An der macedonischen Front Artillerietätigkeit.

Dem Kaiser.

Sum lieben und bangen Januars.

In erster Begehung des Festtages in kirchlichen und sonstigen feierlichen Zusammenkünften hat der Kaiser auch diesmal wieder das deutsche Volk aufgerufen und damit den Grundton angeschlagen für die Klänge, die ihm in diesen harten Kriegsjahren an seinem Geburtstag angedrückt erscheinen. — Ein Fest freudiger Bewegung, gehobener Stimmung in Stadt und Land, bei jung und alt, haben wir uns jetzt damit abgefunden, auch den 27. Januar seines äußeren Glanzes zu entkleiden und ihn lediglich zum Anlaß zu nehmen zu nachdenklicher Selbstbestimmung, zu strenger Nachprüfung unserer nationalen Durchführung inmitten einer Welt von Feindschaft, von blindem Haß und Zerstörung.

Wir wissen ja, die Wilson und Lloyd George haben es gerade darauf abgesehen, die Person unseres Kaisers zur Zielscheibe aller feindseligen Leidenschaften des Erdballs zu machen. Sie haben mit dieser Wählbarkeit auch in den Völkern Erfolg erzielt, die früher für den erblichen Hohenzollernfürsten nur Gefühle der Bewunderung an den Tag gelegt hatten, und schließlich allenthalben die Überzeugung befestigt, daß Deutschland nur dann für sie verhandlungsfähig werden würde, wenn es zuvor der Herrschaft dieses Hauses ein Ende bereitet habe. Davon sprach und schrieben sie schon, noch ehe der Bar aller Reichen von seinen Untertanen nach Sibirien abgehoben war. Seither haben sie sich weidlich Mühe gegeben, die einmal entfachte Flamme der Revolution auch auf den Boden der Mittelmächte hinüber zu verbreiten, und bis in die letzten Tage hinein haben sie den Brand zu schüren gesucht, um endlich das Gebäude des Verbundes von innen her zum Einsturz zu bringen. Das Haupt unseres Kaisers haben sie dabei schließlich mehr zu schonen für gut befunden, denn sie mußten einsehen, daß sie sich selbst nur einen Vordienst damit leisteten, wenn sie Zwietracht säen wollten zwischen Kaiser und Volk. Um so nachhaltiger leiteten sie ihre Zerstörungsarbeit mit indirekten Mitteln fort.

Und wir? Wenn wir uns über diese internationale Lage Rechenschaft ablegen, können wir guten Gewissens auch behaupten, daß unsere Hände und unsere Seelen rein geblieben sind im Sturm und Drang der Gegenwart? Haben wir dem Kaiser die Treue bewahrt, der am Tage des Kriegsausbruchs auf offenem Markte das Gelöbniß aussprach, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche? Haben wir ihm Gefolgschaft geleistet, als er in seiner Osterbotschaft um das rückhaltlose Vertrauen des Volkes warb, und als er in der Jubiläumsbotschaft die preussische Wahlreform zur Förderung des Tages erhob? Wer sich frei fühlt von jeglicher Schuld, der nehme den ersten Stein in die Hand, aber niemand wird leugnen können, daß gesündigt worden ist zur Rechten wie zur Linken, innerhalb wie außerhalb des Parteilebens. Das Lebensjahr, auf das er heute zurückblicken kann, war auch im Innern ausgefüllt mit schweren Kämpfen, ein aufrichtiger Kummer für jeden Vaterlandsfreund. Wie viel mehr erst für den Landesvater, der kein höheres Sehnen kennt als das Wohl der deutschen Nation, der seine Pflichten als Kaiser und Vaterlandshüter mit der gleichen Innigkeit erfüllte, wie er die Pflichten eines Mannes erfüllte, der sein Leben für die Freiheit der Menschheit opferte. Und was dem Kaiser hier an neuen Triumphen, an glanzvollen Felderleistungen seiner unvergleichlichen Truppen zu erleben beschieden war, das bildete allerdings einen erheblichen Ausgleich gegen mancherlei unerfreuliche Erscheinungen. Erinnern wir uns nur des katastrophalen Zusammenstoßes, den unsere verräterischen Bundesgenossen von früher am Tongo und in der venezianischen Ebene über sich ergehen lassen mußten, der vernichtenden Schläge, die ihn am Tagliamento, am Piave trafen, wo er mit fruchtbaren Landstrichen ungeheure Vorräte an Lebensmitteln und Kriegsbedarf preisgab, während er sich eingebildet hatte, sein Banner demnächst über den Hafen von Triest wehen zu sehen. Das waren unaussprechliche Höhepunkte seines Lebens, als der Kaiser in

den Straßen von Cividale und Udine seine wundervollen grauen Zungen an sich vorbeiziehen lassen konnte, ein Akt historischer Vergeltung, wie er vorher wohl kaum schon einmal einem Sterblichen vergönnt war. Und nun die nahezu vollständige Befreiung der Ostfront vom russischen Druck und damit die begründete Aussicht, endlich auch im Westen mit unseren Feinden abrechnen zu können, so wie es sich gebührt. Das alles nach 3 1/2 Jahren schwerster Kriegsarbeit gegen die mächtigsten Staaten der Welt! Wahrlich, der gläubige Sinn unseres Kaisers konnte Trost und Stärkung finden in den herrlichen Erlebnissen dieses Jahres, der Schatz des Himmels war sichtlich mit uns, und wir dürfen der Führung, die uns in allen Nöten geleitet und gestützt hat, voll hingebenden Vertrauens bis zum siegreichen Ende folgen mit dem festen Willen, durchzuhalten bis dahin in allen Gefahren und Bedrängnissen, durchzuhalten mit festem Willen und eiserner Entschlossenheit. Unserem geliebten Kaiser aber möge es vergönnt sein, in dem 60. Lebensjahr, das für ihn heute angehoben hat, die Friedenbernte einzubringen, die ihm mehr am Herzen liegt als kriegerische Lorbeeren, denen er nahezu drei Jahrzehnte lang mit gekränkter Gesundheit aus dem Wege gegangen ist.

Und unser Feldgeschrei ist und bleibt der Ruf „Deutschland, Deutschland über Alles!“ Mit ihm buldigen wir heute wie früher unserem Reichsoberhaupt, daß der Allmächtige weiterhin beschirmen möge zum Heil unsers teuren Vaterlandes.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Durch eine Bundesratsverordnung vom 17. Januar wurden Verfügungen von Attien über sonstigen Geschäftsanteilen der deutschen Kolonialgesellschaften sowie von Kolonialunternehmungen, die in einem der Verordnungen als Anlage beigegebenen Verzeichnis angeführt sind, an Ausländer oder für Rechnung von Ausländern verboten. In letzter Zeit sind mehrfach derartige Attien ins Ausland verkauft worden. Es muß daher verhindert werden, daß Eigentumsveränderungen vor sich gehen, die auf die Verhältnisse in unseren Kolonien sowie auf die künftigen Wirtschaftsverhältnisse zwischen ihnen und dem deutschen Mutterlande einen unerwünschten Einfluß ausüben könnten.

+ Die Frage der Zusammenberufung des Reichstages ist bei den Unterredungen der Parteiführer mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes am Mittwoch, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nicht berührt worden. In fälschlicher parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß sich an der Absicht, die Vollversammlung des Reichstages nicht vor Mitte Februar zusammenzubekommen, nichts geändert hat und kaum auch sich ändern wird.

+ Über die Notwendigkeit der Vermehrung des Kartoffelanbaus sprach Abgeordneter Janusz auf der Tagung der Landfrauen in Berlin. Der Redner meinte, es handele sich dabei um das allerwichtigste Gebiet zur Durchführung des Krieges. Es gelte vor allem die im vorigen Jahre verminderte Anbaufläche für Kartoffeln in diesem Jahre wieder erheblich zu vergrößern. Im Anschluß daran wurde die Frage der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge auf dem Lande besprochen, wobei darauf hingewiesen wurde, daß die Säuglingssterblichkeit auf dem Lande größer sei, als in der Stadt. Als Abhilfsmittel wurden Fürsorgereisen und Wandervorträge empfohlen.

+ Der Vorstand des Verbandes der preussischen Landkreise trat unter dem Vorsitz des Landrats v. Achenbach (Berlin-Testum) zu einer Sitzung zusammen. Den Gegenstand der Tagesordnung bildeten unter anderem eine Reihe kriegswirtschaftlicher Fragen. Ferner wurden die Maßnahmen erörtert, die von den Landkreiseverwaltungen zur Fürsorge für die zurückkehrenden Kriegsschädigten und Kriegsteilnehmer auf den Gebieten der Berufsberatung, des Arbeitsnachweises, der finanziellen Hilfe, sowie in Bezug auf Wohnungs-, Möbel- und Bekleidungsbeschaffung und Kriegsernährung zu treffen sein werden. Endlich nahm der Vorstand zur Frage der Vertretung der ländlichen Selbstverwaltung im Herrenhause Stellung, indem er der Auffassung Ausdruck gab, daß die in der jetzigen Vorlage vorgesehene Heranziehung der Selbstverwaltung zur Bildung des Herrenhauses lebhaft zu begrüßen sei, daß aber die der ländlichen Selbstverwaltung hierbei eingeräumte Beteiligung als ein Mindestmaß angesehen werden müsse, das keinesfalls noch herabgemindert werden dürfe.

Osterreich-Ungarn.

+ Im österreichischen Abgeordnetenhause kam es bei der Besprechung der letzten Vorgänge zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Deutschen Wählers, Wöhlers und Schlesiens gaben scharfe Erklärungen gegen die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen ab. Der Sozialdemokrat Adler betonte, die Sozialdemokraten verlangten nichts anderes, als was Graf Cernin in seinen Reden

ausgesprochen habe. Sie verlangten nicht einen Bruch oder das Unmögliche, daß Deutschland sich plötzlich unter Führung Österreichs beuge.

+ Der Rücktritt des Kabinetts Weterle kommt nicht überraschend. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Weterle mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden und einige Ressorts mit neuen Männern besetzen. Die neue Regierung wird neben der Frage der Lebensmittelfürsorge insbesondere die Frage der Wahlreform und die neu aufgeworfene Frage einer selbständigen ungarischen Armee zu lösen haben.

Frankreich.

+ Der Fall Caillaux zieht immer weitere Kreise. Nach italienischen Willen wurden in Mailand mehrere Verhaftungen vorgenommen, die in enger Verbindung mit der „Affäre“ stehen. Trotz alledem schrumpft Clemenceaus Unlage immer mehr zusammen. Was aus den florentiner Dokumenten, die angeblich einen von Caillaux geforderten Staatsstreich enthüllen sollen, hervorgeht, ist lediglich, daß Caillaux für den Fall seiner Wiederberufung zur Regierung einen Entwurf für eine großartige Reform des gesamten Staatswesens vorbereitet hatte. Dabei war allerdings die Verhaftung aller am Kriege mittelbar oder unmittelbar Schuldigen vorgesehen. — Clemenceau ist also seinem großen Gegner nur zuvorgekommen. Es fragt sich, ob er genug Trümmer in der Hand hat, um das Ziel zu erreichen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 24. Jan. Der Reichskanzler hat den Vorsitz im Ausschusse für die Deutsche Vaterlandskasse übernommen.

Berlin, 24. Jan. Der bisher im preussischen Staatskommissionat für Volksernährung tätige Dr. Jungmann ist zum Leiter der Reichskartoffelstelle ernannt worden.

Berlin, 24. Jan. Die Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt des Chefs des Marinekabinetts Admirals v. Müller und des Oberhof- und Hausmarschalls Frhrn v. Reichenau werden sämtlich als auf freier Fiktion beruhend erklärt.

Berlin, 24. Jan. Der Reichstagsausschuß für Bevölkerungsstatistik hat sich an die Regierung um den Erwerb gewandt, der Säuglingsfürsorge für uneheliche Kinder erhöhte Fürsorge durch Einführung einer Art Generalvormundschaft zu widmen.

Berlin, 24. Jan. Der „Deutsche Industrierrat“, der in Fortführung der kriegswirtschaftlichen Tätigkeit des Kriegsausschusses der deutschen Industrie zur gemeinschaftlichen Friedensarbeit berufen ist und aus 64 führenden Persönlichkeiten besteht, nimmt in einer Vollversammlung am 10. Februar seine Tätigkeit auf.

Stuttgart, 24. Jan. Alle öffentlichen Versammlungen zur Erörterung politischer oder militärischer Angelegenheiten sind in den Bezirken Stuttgart, Cannstatt, Ludwigsburg und Esslingen bis auf weiteres untersagt.

Wien, 24. Jan. Wie die „Arbeiterzeitung“ mitteilt, ist die Streikbewegung nun vollkommen zu Ende. Die Betriebe, die bisher noch streikten, haben die Arbeit wieder voll aufgenommen.

Budapest, 24. Jan. Infolge der Haltung eines Teiles der Arbeiterschaft hat die Leitung der ungarischen sozialdemokratischen Partei abgedankt.

Särich, 24. Jan. Wie verlautet, wird in Argentinien und Uruguay ein gleichzeitiger Ausbruch organisiert, um die Getreide- und Fleischexporte nach den Verbandsländern zu unterbinden.

Särich, 24. Jan. Hier verlautet, die österreichischen Sozialisten hätten durch Verhandlungen mit der Regierung erreicht, daß der Mörder des Grafen Stürgkh, Dr. Friedrich Adler, freigelassen wird.

Deutsche Kriegs- und Friedensziele.

Der Kanzler über die Lage.

CB, Berlin, 24. Januar.

Bei Anwesenheit einer ungemein großen Anzahl von Abgeordneten trat heute um 3 Uhr der Hauptausschuß des Reichstages zusammen, um in erster Reihe eine Rede des Reichskanzlers über die politische, d. h. die Kriegslage, entgegenzunehmen. Die Kanzlerrede bewegte sich in folgenden Gedankengängen:

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk

gehen weiter, sind jedoch höchst schwierig. Die Hoffnung bleibt bestehen, daß ein günstiger Abschluß erzielt wird. Es besteht gute Aussicht, mit den Ukrainern zur baldigen Einigung zu gelangen. Am 4. Januar war, als die Frist abgelaufen war, kein Entgegenkommen der Entente eingegangen. Wir sind seitdem

gegenüber dem Verbands nicht mehr gebunden.

Der Kanzler bespricht hierauf die Rede Lloyd Georges und die Politik Wilsons. Der Ton des ersten ist ein anderer geworden, eine Friedensstimmung ist nicht herauszulesen. Wir sollen die Schuldigen sein und Lloyd George will über uns zu Gericht sitzen. Auf die Geschichte Deutschlands vor dem Kriege eingehend bemerkte der Kanzler: Die Bündnisse Deutschlands hatten lediglich Defensivzwecke. Aber die Gefahr feindlicher Koalitionen wurde allmählich zur Tatsache. Deutschland mußte sich demgegenüber stark machen, aber stets nur als

Defensivmaßregel. Auch Wilsons Ton ist ein anderer ge-
worden. Er ist anscheinend durch die einmütige Abweisung
seiner früheren Äußerungen belehrt worden. Redner be-
spricht die 14 Punkte der Wilsonschen Botschaft. Geheim-
diplomatische Abmachungen hatten wir weniger als unsere
Feinde. Die in dieser Richtung gehenden Forderungen Wilsons
sind uns sympathisch. Wilson fordert Freiheit der Meere,
Beseitigung wirtschaftlicher Schranken, Beschränkung
der Rüstungen. Alles das findet teils unsere
Billigung, teils sind wir zur Verteidigung bereit. Zur
praktischen Durchführung der Schlichtung kolonialer Streit-
punkte wird nötig sein, daß die größte Kolonialmacht
zuerst dazu geneigt sein muß. Hinsichtlich der

Räumung der östlichen Gebiete

lehnen wir eine fremde Einmischung ab. Redner betont
seinen früheren Standpunkt hinsichtlich des Selbst-
bestimmungsrechts der Völker. Die gewalttätige An-
gliederung Belgiens hat niemals zum Programmpunkt
der deutschen Regierung gehört. Solange die Feinde nicht
die Integrität des deutschen Reichsgebietes anerkennen,
lehnen wir die Diskussion ab.

Elfsaß-Lothringen

umfaßt zum größten Teil rein deutsche Gebiete und ist
nicht als fremdes Gebiet erobert worden; es war im
wahrsten Sinne eine Desamtion. Die italienischen
Grenzfragen, das Eingreifen in innere Fragen der öster-
reich-ungarischen Monarchie und die Balkanfragen gehen
in erster Linie unsere Verbündeten an. Ihnen lassen wir
den Vortritt.

Deutschland und Österreich haben Polen befreit,
ihnen bleibt es überlassen, sich mit den Polen über das
Geschick dieses Landes zu einigen. Die Unverletzlichkeit der
Türkei ist ein wichtiges Lebensinteresse auch für das
deutsche Reich. Dem Gedanken des Verbandes der
Völker stehen wir sympathisch gegenüber. Wenn alle
anderen schwebenden Fragen geregelt sein werden, sind
wir geneigt, in eine Prüfung der Grundlagen eines
solchen Verbandes einzutreten. Wie Wilson spricht, das
ist nicht christlicher Friedenswille, sondern die Sprache des
Siegers zum Besiegten. Die Gegner täuschen sich.

Unsere militärische Lage war noch nie so
günstig wie jetzt.

Unsere Friedensbereitschaft darf kein Freibrief sein für
unsere Gegner, den Krieg ungemessen zu verlängern.
Wenn sie mit besseren Vorschlägen kommen, werden wir
sie prüfen, denn auch unser Friede ist ein allgemeiner
Friede. Bis dahin gilt es für uns zusammenzukleben,
Regierung und Volk.

Der Redner schließt mit einer warmen Anerkennung
der Kraft und der Ausdauer aller Teile des Volkes.

Wenn die Welt noch ein Ohr hat für die Stimme
der Gerechtigkeit, dann kann die Rede des deutschen
Reichskanzlers nicht verhallen. Hier ist kein
Säbelraseln und doch das ruhige prächtige Selbst-
bewußtsein, das sich auf die Laten unserer
Fronten stützt. Hier ist keine diplomatische Unter-
bändigkeit und doch die vertrauensvolle vorsorgende
Hand, die weiteren Lösungsversuchen einen Weg
vorschreibt. Hier ist keine Überbäumung der Forderungen
nach dem abgebrauchten Verfahren der amerika-
nischen Machthaber, das Ungeheuerliche zu betreiben,
um das Kleine sicher zu erlangen. Aber bei aller Bereit-
schaft Vorschläge zu diskutieren, die den Weg zum Welt-
frieden bahnen können, die nachdrückliche Abwehr jeglicher
Gefährde die Abwehr abzuwenden, in denen das warme
Leben der deutschen Volksgemeinschaft pulst.

Bereit, weitere Vorschläge der Gegner zu hören und
sie zu prüfen, aber auch ebenso erwidert, die Waffen von
neuem sprechen und entscheiden zu lassen, das sind des
Kanzlers Worte, wie es jedes Deutschen Empfindung ist.
Wir ruhigen, klaren, aber unbittlichen Urteile hat
Graf Hertling die Lage auf allen Punkten abgeleitet.
Er hält dafür, daß in den von ihm gesteckten Zielen
das deutsche Volk und seine Regierung einig sind.
Der Widerhall im Lande wird seine Auffassung
mit derselben Stärke bekräftigen, mit der die Zuversicht in
uns allen wohnt, die seinem Schlusswort galt: Gott war
mit uns und wird auch in Zukunft mit uns sein.

Hieraus begann die Aussprache.

Erster Redner ist Abg. Trimborn (Centr.) Er beginnt
mit der Erklärung, daß seine Partei dem Reichskanzler in der
Beurteilung der Rede Lord Georges und der Botschaft
Wilson zustimmt. Die Erwerbung Elfsaß-Lothringens im
Jahre 1871 war kein Unrecht, sondern die Wiedergut-
machung eines früheren Unrechts. Hinsichtlich Belgiens
so führt der Redner fort, teilen wir die Auf-
fassung, die Staatssekretär v. Kuhlmann im Reichs-
tage kundgegeben hat. Wir danken dem Staats-
sekretär für die Geduld, Ausdauer und Geschicklichkeit, mit der
er die Verhandlungen in Brüssel-Brieffort geführt hat, und
weisen die Angriffe einer gewissen Presse mit Entschiedenheit
zurück. Die Frage der Forderung unseres Verbündeten zum
Donaumonarchie ist mit unverantwortlichem Verstand
einem Teil unserer Presse behandelt worden. Zum Schluss
spricht der Redner dem Reichskanzler und dem Staatssekretär
sein Vertrauen aus.

Abg. Scheidemann (Sop.) beginnt ebenfalls mit einer
Bewertung gegen „eine gewisse Presse“ und kommt auf den
U-Boot-Krieg zu sprechen, indem er ausführt: Wirkungslos ist
er gewiß nicht, aber der sicherste Erfolg war der Eintritt
Amerikas in die Reihe unserer Feinde. Wie soll man mit
Amerika zum Frieden kommen? So wenig wie wir, werden
auch unsere Gegner nachgeben. Die Regierung hat die rich-
tige Erkenntnis, aber nicht den Mut, die Konsequenzen zu
ziehen.

Abg. Fischbeck (Op.) führt aus, daß wir beim Friedens-
schluss darauf bedacht sein müssen, im Osten auflebende
Nachbarn zu haben. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker
muß bei den Randvölkern Rußlands in Wirklichkeit zum Aus-

druck kommen. Eine Räumung der besetzten Gebiete im Osten
ist jetzt unmöglich.

Mit einer Rede des Abg. Dr. Stresemann (natl.), der
im wesentlichen den Ausführungen des Reichskanzlers zu-
stimmt, schließt die heutige Sitzung. Weiterberatung morgen.

Von parlamentarischer Seite verlautet, daß der Staats-
sekretär v. Kuhlmann morgen das Wort ergreifen wird.

Graf Czernin über den Frieden.

Wien, 24. Januar.

Im Auswärtigen Ausschuss der österreichischen Delegation
hielt der Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, eine Rede, in
der er auf die Meinungsverschiedenheiten Deutschlands und
der Petersburger Regierung über die Auslegung des Selbst-
bestimmungsrechts der Völker zu sprechen kam. Es handelt sich
dabei um einen Mittelweg zu finden, der gefunden werden muß, um
ein Scheitern der Verhandlungen zu verhindern. Die Abweichung
der beiden Standpunkte ist nicht groß genug, um ein Scheitern
der Verhandlungen rechtfertigen zu können. Sind wir mit
den Russen erst zum Frieden gekommen, so ist nach meiner
Ansicht der allgemeine Friede nicht mehr lange zu verhindern.
trotz aller Äußerungen der russischen Unterhändler. Es ist
nur eine Frage des Durchhaltens, ob wir einen allge-
meinen ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. Ich bin in
dieser Ansicht neuerlich bekräftigt worden durch das Friedens-
angebot, welches der Herr Präsident der Vereinigten
Staaten von Amerika an die ganze Welt gerichtet hat.
Graf Czernin geht auf die einzelnen Punkte ein, die Wilson
aufstellt; er glaubt, daß die Frage der Abkündigung der
Geheimdiplomatie mehr oder minder normal sei. Es lasse sich
dabei überhören. Mit den Worten über die „Freiheit der
Meere“ habe Wilson dem Redner aus dem Herzen gesprochen
und er unterschreibe diesen Wunsch. Ebenso sei die Ablehnung
eines künftigen Wirtschaftskrieges richtig und vernünftig.
Auch über die allgemeine Abrüstung kann man verhandeln.
In Bezug auf Italien, Serbien, Rumänien, Montenegro
möge Herr Wilson seinen Einfluss auf unsere Feinde geltend
machen, daß sie ihrerseits die Bedingungen erklären, unter
denen sie zu sprechen bereit sind, so wird er sich das uner-
messliche Verdienst erworben haben, die allgemeinen Friedens-
verhandlungen ins Leben geleitet zu haben. Es ist ein offenes
Geheimnis, daß wir Anhänger des Gedankens sind, es möge
ein unabhängiger polnischer Staat, der die zweifelhafte von
polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte,
errichtet werden. Auch über diesen Punkt würden wir uns,
so glaube ich, mit Herrn Wilson bald einigen. Und wenn der
Präsident seine Vorschläge durch den Gedanken eines allge-
meinen Völkerbundes stützt, so wird er wohl nirgends in der
österreichisch-ungarischen Monarchie dabei auf Widerstand
stoßen.

Der Redner konstatiert seine Übereinstimmung mit Wilson
in den großen Prinzipien der Neuordnung und die Annähe-
rung in mehreren augenblicklichen Friedenszielen. Graf
Czernin kommt dann nochmals auf die Friedensverhandlungen
mit Petersburg und der Ukraine.

Ein solcher Friede braucht keine Zeit, aber Nacht läßt sich das
nicht machen. Denn es muß bei einem Friedensschluss festgestellt
werden, ob, was und wie die Ukraine an Nachbarn an-
nehmen wird. Wenn Sie mit in den Rücken fallen, wenn Sie
nicht zwingen, daß über Kopf abzuweichen, dann werden
wir keine wirtschaftlichen Vorteile haben, und dann muß eben
unser Bevölkerungs auf den Vorteil, den sie aus dem Friedens-
schluss haben könnte, verzichten.

Graf Czernin betont schließlich die Unantastbarkeit der
Treu gegen die Bundesgenossen und sagt:

Entweder Sie haben das Vertrauen zu mir, die Friedens-
verhandlungen weiterzuführen, dann müssen Sie mit
mir, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich
hören, ein Drittes gibt es nicht. Ich bin zu Ende.

Beamtenrecht und Wohnungsgesetz.

Vertagung des preussischen Abgeordnetenhauses.

(118. Sitzung.)

18. Berlin, 24. Januar.

In der heutigen letzten Sitzung des preussischen Ab-
geordnetenhauses vor einer Vertagung auf mehrere Wochen
kam es gleich zu Anfang zu lebhaften Auseinandersetzungen,
die von dem unabhängigen Sozialisten Abg. Ab. Hoffmann
veranlaßt wurden.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der Antrag Zuh-
mann auf Sicherstellung des Rechtes der Staatsbeamten zur
politischen Betätigung und auf Rücknahme des Gesetzes des
Ministers des Innern gegen die Vaterlandspartei. Der Aus-
schuss hat einstimmig einen Antrag angenommen, nach dem
das den Beamten zustehende Recht der politischen Betätigung
sicherzustellen, jedoch unterlagert werden soll, innerhalb der Dienst-
räume auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausübung der
Dienstgewalt auf Betätigung für politische Vereinigungen und
Parteien aufzufordern. Abg. Frhr. v. Redlich (frk.) beantragt
zurückverweisung der Angelegenheit an den Ausschuss zwecks
schriftlicher Berichterstattung, da eine solche nicht vorliegt.

Trohungen des Abg. Ab. Hoffmann.

Der beantragten Zurückverweisung widerspricht der Abg.
Ab. Hoffmann in erregter Weise und sagt, die Vaterlands-
partei wolle offenbar in der Zwischenzeit weiter auf die
Breiter Verhandlungen einwirken. Als im Hause gelacht
wird, ruft der Redner: Sie tanzen auf einem Vulkan. Wir
stehen zehn Minuten vor Ausbruch der Katastrophe, denn das
Volk hat es satt, weiter in den Krieg gehetzt zu werden.
Diese Bemerkungen rufen heftigen Lärm nach und mehrfach
erhöht das Wort „Vulcan“ von den Bänken, während der Vice-
präsident Dr. Lohmann den Abg. Ab. Hoffmann zur
Ordnung ruft.

Abg. Frhr. v. Redlich (frk.) führt aus, die Angelegenheit
habe mit den Breiter Verhandlungen nichts zu tun, niemand
denke an eine Verdrängung, aber ohne mündlichen und schrift-
lichen Bericht könne man nicht sachlich verhandeln. Diesem
Standpunkt treten Vizepräsident Dr. Lohmann mit Bezug
auf die Geschäftsordnung und der konservative Abg. Winkler
bei. Abg. Ab. Hoffmann beruhigt sich aber nicht und macht
einen zweiten Ordnungsruf, als er sagt: Wenn das so ist,
in der Geschäftsordnung steht es, so ist das Haus doch jederzeit
majoritäre. Wir lehnen die Verantwortung für alles, was
kommt, ab. Sie wollen das Volk weiter in den Krieg beben
und neue Millionen hinopfern.

Nochmals suchen mehrere Redner mit dem Hinweis auf
die geschäftsordnungsmäßigen Verhältnisse den Abg. Ab. Hoff-
mann zu überzeugen, der aber nochmals seine Behauptungen
ins Haus ruft und meint: „Wir warnen in wüster Stille!“
Darauf stellt Abg. Frhr. v. Redlich (frk.) unter großer Heiter-
keit fest, daß von den Parteifreunden des Abg. Ab. Hoffmann
niemand im Hause ist, er befindet sich ganz allein da.

Der Zwischenfall schließt damit, daß gegen die Stimme
des Abg. Ab. Hoffmann mit den Stimmen aller anderen
Parteien die Angelegenheit an den Ausschuss zurückver-
wiesen wird.

Das Wohnungsgesetz

wurde mit unversenklichen Änderungen in der Fassung des
Herrnhauses einstimmig angenommen, nachdem Redner
fast aller Parteien ihre mehr oder weniger starken Bedenken
gegen einzelne Bestimmungen vorgebracht hatten. Das
gleiche Schicksal hatte das Bürgerschaftsbesetzungs-
gesetz. Einstimmige Annahme fanden auch die schwebenden
Anträge auf staatliche Unterstützung der durch Hochwasser-

schäden heimgefallenen Gegenden des Westens. In der Aus-
sprache darüber wies der fortschrittliche Abg. Benke auf die
geradezu vorbildlichen Einrichtungen hin, die in Schlefien
gegen eine Wiederkehr der früher so häufigen Hochwasser-
katastrophen getroffen worden sind.

Vermehrter Kartoffelanbau.

Schließlich kamen mehrere kleine Angelegenheiten der Landes-
parlamenten auf vermehrten Anbau von Kartoffeln und an-
sichende Verjüngung der Landwirtschaft und der Gärtnerei
durch Gemüsesamen zur Besprechung. Landwirtschaftsminister
v. Eifenhardt-Mohe versicherte, daß von der Regierung
alles gethebe, was möglich sei, um den Anbau von Kar-
toffeln zu steigern. Für die Verwendung vermehrten Saat-
gutes gegenüber dem Vorjahr würden Prämien gezahlt
werden.

Schließlich wurde noch das Gesetz über die Schätzungs-
ämter angenommen und das Haus vertagte sich bis Mitte
Februar.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB Großes Hauptquartier, 25. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Poellapelle und der Ege, bei Lens und
beiderseits der Scarpe bis die Westfront auf
An verschiedenen Stellen der Front Erkundungs-
fahrten.

Auf den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Weitere U-Boot-Erfolge.

WTB Berlin, 25. Jan. (Amtlich.)

Neue U-Boot-Erfolge: Sechs Dampfer und ein Wap-
fahrzeug wurden letzten von unseren U-Booten versenkt.
Vier Dampfer wurden dicht unter der englischen Küste,
wo die Bewachung besonders stark ist, abgeschossen,
einer von ihnen aus einem durch viele Zerstörer und
Fischdampfer geschützten großen Geleitzug.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 24. Jan. Generalfeldmarschall v. Hindenburg
und Erster Generalquartiermeister General Ludendorff sind
am 23. Januar abends in das Große Hauptquartier zurück-
gekehrt.

Stockholm, 24. Jan. Nach hier vorliegenden, nicht kon-
trollierbaren Nachrichten sind der König von Rumänien,
die Königin und die Prinzen gleich nach dem Familientat
aus Jasso geflüchtet.

Bern, 24. Jan. Laut Basler Blättermeldungen beriet
der geistige Ministerrat über die kommende Restitutions-
in französisch-Mittel- und Westafrika. Er beschloß,
die beiden Kolonien einer gemeinsamen Verwaltung zu unter-
stellen.

Genf, 24. Jan. Nach einer Dava-Meldung aus De
Saure hat König Albert von Belgien die Botschaft des
Papstes vom 1. August 1917 wegen eines Friedensschlusses
am 24. Dezember 1917 durch ein Schreiben beantwortet, dem
die belgische Regierung eine längere Erwiderung hat folgen
lassen.

Paris, 24. Jan. Zwischen Clemenceau, Lloyd George
und Orlando sollen hier Besprechungen stattfinden, dagegen
ist von einer Konferenz der Verbündeten Abstand ge-
nommen worden.

London, 24. Jan. Die neuen vom Lebensmittelkontrollen-
verordnungen beschrankten den Verbrauch von
Fleisch, Brot, Zucker und Fett und schreiben auch zwei
Wochenlang Tage wöchentlich in Hotels und Speisewägen vor.

Schlusssdienst.

[Druck- und Korrespondenz-Meldungen.]

Verhaftungen in Petersburg.

Zürich, 24. Jan. „Corriere della Sera“ meldet aus
Petersburg, daß 87 Abgeordnete der aufgelösten National-
versammlung durch die Volkswacht verhaftet wurden, weil
sie in einer Proklamation die Bevölkerung Petersburgs
zum Bürgerkrieg aufgefordert hatten.

Ein Ministermörder verhaftet.

Petersburg, 24. Jan. Einer von denen, die an der Ge-
mordung Schingarew und Kozolowskij teilgenommen haben,
wurde verhaftet. Alle Mörder sind bekannt; ihre Verhaftung
steht nahe bevor.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich:

Theodor Kirchhölzl in Hagenburg.

Betrifft: Anmeldung zur Stammrolle.

Alle diejenigen männlichen Personen, welche im Jahre
1901 geboren sind, haben sich sobald sie das 17. Lebens-
jahr vollendet haben, zur Landsturmrolle auf dem hiesigen
Bürgermeisteramt anzumelden.

Wer diese Anmeldung nicht vornimmt, wird nach § 66
Militär-Straf-Gesetzbuch bestraft, sofern nicht eine höhere
Strafe wegen Fahnenflucht verwirkt ist.

Hagenburg, den 23. 1. 1918. Der Bürgermeister.

Zum Besten des Vaterländ. Frauenvereins

findet am Samstag, den 26. Januar d. J., abends
8^{1/2} Uhr im neuen Saale des Hotels „Zur Krone“ in
Hagenburg ein

Lichtbildervortrag

des Herrn Dr. med. Niebes über

Die Bekämpfung der Lungentuberkulose

statt. 53 Lichtbilder. Eintrittspreis 50 Pfg.

Nummerplätze zu 1 M. im Vorverkauf bei Herrn Friseur
Josef Adam erhältlich.

Ein fast neuer

25 Meter

Kuhwagen verzinktes Drahtgewebe

zu verkaufen bei Heinrich zu verkaufen. Näh. Wika
Gahn in Hagenburg. Stahl, Hagenburg.